

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pro Nummer...
Einzelnhefte 30 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Beiträge...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 26. Mai 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Massenschlacht am Isonzo.

Nur Teilangriffe an den Westfronten —
Englische Angriffe bei Loos und Bullecourt,
französische nördlich Craonnelle und
westlich Corbeny—Pontavert.

Amtlich, Großes Hauptquartier, den 25. Mai
1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Westschachtel-Abchnitt und nordöstlich von Armentières
stießen nach starker Feuerwirkung englische Erkundungsabteilungen
vor; sie wurden im Nahkampf zurückgeworfen.

An der Artois-Front nahm abends das Feuer zu; vornehmlich
nordwestlich von Lens und bei Bullecourt. Bei Loos drangen
englische Kräfte in unseren vordersten Graben, aus dem sie durch
Gegenstoß vertrieben wurden. An einer räumlich begrenzten
Stelle wird noch gekämpft.

Nordwestlich von Bullecourt sind Vorstöße mehrerer englischer
Kompanien vor unserer Stellung gescheitert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Craonnelle und westlich der Straße Corbeny—
Pontavert brachen abends nach lebhaftem Feuer einsetzende Teil-
angriffe der Franzosen verlustreich zusammen.

In der westlichen Champagne war die Kampftätigkeit der
Artillerie gestiegen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der gestrige Tag kostete die Gegner 10 Flugzeuge, die im
Luftkampf und durch Abwehrgeschüsse zum Absturz gebracht
wurden.

Östlichen Kriegsschauplatz
und an der
mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 25. Mai abends.
An der Artois-Front, längs der Aisne und in der
westlichen Champagne Feuerkampf wechselseitiger Stärke.
Im Osten nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 25. Mai 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der gewaltige Ansturm der Italiener gegen die
Isonzofront führte auch gestern wieder zu einem außer-
gewöhnlich erbitterten Ringen. In siegreicher Abwehr hielten
unsere Truppen stand. Unsere Stellungen wurden ausnahmslos
behalten. Der Nordflügel der italienischen Angriffsmassen
wurde abermals gegen die Höhen von Bodice und den Monte
Santo vorgetrieben. Besonders wütender und hartnäckiger Kampf
um die Höhe 652 südlich von Bodice, die, von den Italienern
in den Abendstunden überrannt, in der Nacht aber in stundenlang
dauerndem Nahkampf durch unsere Tapferen zurückerobert wurde.
Hier wie auf dem Monte Santo ließ der weichende Feind
Hunderte von Leichen liegen. Die Karthoshochfläche wurde wieder
zum Schauplatz eines groß angelegten Durchbruchversuches.
Schonungslos marschierten die Italiener ihre Massen gegen die Ver-
schanzungen. Nichts desto trotz durch die vorangehende Beschie-
ßung beträchtlich gelitten haben — unerschüttert und fast-
blütig empfing dahinter der Verteidiger den Feind. Den ganzen
Tag über und vielfach auch während der Nacht wurde auf dem
Fasi Grib, bei Cosanjevic und südlich davon bis
zum Meer hinab um unsere Stellungen gerungen. Alle An-
strebungen des Feindes blieben vergeblich, nirgends drang er durch.
Infanterie und Artillerie teilten sich in den Erfolg des
Tages. Am 23. Mai wurden 130 italienische Offiziere und
4600 Mann als Gefangene eingebracht. Ihre Zahl ist gestern
beträchtlich gestiegen.

Der Chef des Generalstabes.

Weiter wird über Amsterdam aus London gemeldet: Der letzte
Zeppelinangriff dauerte fast vier Stunden, in welcher
Zeit die Luftschiffe zahlreiche Bomben abwarfen, die fast keinen
Schaden anrichteten. Zuerst war die Nacht sehr ruhig. Plötzlich
aber brach ein kräftiger Sturm los, der eine Schneelligkeit
von 40 Meilen pro Stunde erreichte, sodass die Luftschiffe auf
dem Rückwege mit vielen Schwierigkeiten zu
kämpfen hatten.

Die Ochrana als Kriegsmaschine.

Warum Skalon abgesetzt wurde.

Kopenhagen, 23. Mai. (Eig. Ber. d. „Vorwärts“.) Als
Quelle der von der „Kowojce Wremja“ gegen Gen. Dorgberg ge-
schleuderten Verleumdung — er sei ein „deutscher Agent“ — wird
vom „Socialdemokraten“ ein gewisser Korjaloff entlarvt. Korjaloff
ist ein früherer Agent der Ochrana, der zarischen Geheim-
polizei, in Kopenhagen und Schwager des verhafteten Leiters der
Schwarzen Hundert, Markow II. Dieser Korjaloff war es auch, der
süßlich nach einer Versammlung russischer Juden in Kopenhagen die
Nachricht in die Welt schickte, die Versammelten hätten beschlossen,
als „deutsche Agenten“ nach Rußland zu reisen. Dieser Bericht
wurde in reaktionärer Absicht vom General Skalon in einem Tages-
befehl veröffentlicht. Der wahre Zusammenhang der Dinge wurde
von hiesigen Russen aufgedeckt und dem Kriegsminister Kerenski mit-
geteilt, der daraufhin Skalons Absetzung verfügte.

Die Märtyrer des Potemkin.

Amsterdam, 25. Mai. „Times“ wird aus Odessa ge-
meldet, daß die Leichen des Leutnants Schmidt und
der anderen Opfer der Meuterei auf dem Kriegsschiff Potemkin
im Juli 1905 am Montag feierlich nach Sewastopol
gebracht wurden.

Die Bauern für die Sozialisten.

Rotterdam, 25. Mai. „Daily News“ erfährt aus Petersburg,
daß der Rat der Bauerndelegierten beschlossen hat, die Regierung
zu unterstützen. Die Bauern betrachten die sozialistischen Minister
als ihre Vertreter.

Das Ringen am Isonzo.

Wien, 25. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird am
25. abends mitgeteilt: Am Isonzo wird weitergekämpft. Die
Schlacht steigert sich zur Stunde bis zu größ-
ter Heftigkeit.

Zielsichere Friedensarbeit.

Wenn ein künftiger Geschichtsschreiber daran geht, an der
Hand der Dokumente den Weltkrieg zu schildern, wird ihm
bei Durchsicht der Ereignisse und Kundgebungen im letzten
Drittel des dritten Kriegsjahres sofort die Frage auffallen:
Warum lärmten gerade im Frühling 1917 die Alldeutschen und
ihre Spießgesellen so verzweifelt gegen die sozialdemokratischen
Friedensbestrebungen? Warum schelten sie die Anhänger
der sozialdemokratischen Mehrheit gerade zu diesem Zeitpunkt
„Landesverräter“ und „Schädlinge Deutschlands“? Warum
just in diesen Wochen, da die Sozialdemokraten doch, was
sie im Mai 1917 betonten und forderten, schon im August
1914 betont und gefordert haben?

In der Tat war selten eine Politik so zielsicher und
folgerichtig wie die Friedensarbeit der deutschen Sozial-
demokratie, die in dem Augenblick einsetzte, da sie sich tat-
kräftig zur Landesverteidigung bekannte. Denn im Gegensatz
zu den sozialistischen Parteien des feindlichen Auslandes
waren für uns Landesverteidigung und Friedensvorbereitung
stets nur zwei Seiten einundderselben Sache. Als stete
Wiederholung ist es vielleicht ermüdend, aber gleichwohl be-
deutsam, wenn man sich das mit Heranziehung unserer Reden
und Erklärungen noch einmal im einzelnen vergegenwärtigt.
Während bei Kriegsbeginn französische und englische Sozialisten
den Kriegskrediten schweigend zustimmten, ohne die besondere
Stellung ihrer Partei auch nur mit einem Wort zu unter-
streichen, forderte die Erklärung, mit der die deutsche sozial-
demokratische Reichstagsfraktion die Kredite bewilligte,
schon am 4. August 1914, „sobald das Ziel der
Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden
geneigt sind“, „einen Frieden, der die Freund-
schaft mit den Nachbarvölkern ermög-
licht“. Die Erklärung, die der Sprecher der Sozial-
demokratie bei der zweiten Kriegskreditbewilligung
am 2. Dezember 1914 verlas, ver kündete erneut den Grund-
satz, „daß jedes Volk das Recht auf nationale
Selbständigkeit habe“ und „daß eine gezielte
Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede
Nation vergütet, Integrität und Unab-
hängigkeit anderer Nationen anzutasten und
damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen“. In der Reichs-
tagssitzung am 10. März 1915 sprach sich Haase im Namen
der Fraktion dahin aus, daß ein dauerhafter Friede nur
erreicht werden könne, „wenn kein Volk das andere
bergewaltigt, wenn die Völker vielmehr ihre Aufgabe
in dem friedlichen Austausch der Kulturgüter erblicken“.
Wenige Tage später äußerte sich Scheidemann in einer
Närnberger Versammlung über die Friedensvoraussetzungen.
Es muß ein Friede von Dauer werden. Vorausgesetzt ist,
daß keiner der an dem Krieg beteiligten Staaten gedemütigt
wird. Ehrenvoll soll er für alle ausgehen.

Ebenso war es Scheidemann, der in der Reichstags-
sitzung vom 29. Mai 1915, nach der Kriegserklärung Italiens,
als sozialdemokratischen Grundsatze unterstellte, „daß wir
das Selbstbestimmungsrecht eines jeden
Volkes hochhalten und nicht angegriffen wissen wollen“,
nachdem Ebert schon an demselben Tage als den von uns
erstrebten Frieden bezeichnet hatte „einen Frieden ohne
Vergewaltigung, einen Frieden, der ein dauerndes
Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermöglicht“. In
einer Kundgebung vom 23. Juni 1915 erhob der Partei-
vorstand schärfsten Widerpruch
gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zugunsten der An-
nexion fremder Landesteile und der Vergewal-
tigung anderer Völker... Schon die Geltendmachung
solcher Bestrebungen schiebt den vom ganzen Volke heiß ersehnten
Frieden immer weiter hinaus. Das Volk will keine An-
nexionen, das Volk will den Frieden!

Desgleichen erklärte zwei Tage danach eine Eingabe des
Partei Vorstandes und des Fraktionsvorstandes an den Reichs-
kanzler, die sich gegen die Kriegszielpropaganda der sechs
Wirtschaftsverbände richtete, daß die Sozialdemokratie
„unter allen Umständen für die Selbständigkeit
und Unabhängigkeit aller Völker und
gegen jede Annexionspolitik eintreten“ werde. Demgemäß
sprach sich die Leitfraktion der Reichstagsfraktion und
des Parteiausschusses am 16. August 1915 gegen „Annexionen
volksfremder Gebiete“ und für „die Wieder-
herstellung Belgiens“ aus. Einen entscheidenden
Vorstoß unternahm die Friedensarbeit der deutschen Partei
mit der Interpellation, die am 9. Dezember 1915 im Reichs-
tag verhandelt wurde und bei deren Begründung Scheide-
mann sagte:

Wir wenden uns aufs entschiedenste gegen alle, die aus
diesem Kriege einen Eroberungskrieg machen wollen.
Ebenso scharf weisen wir aber auch die gegen das Deutsche Reich
und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsabsichten
der feindlichen Mächte zurück.

Stockholm.

Ungarn, Polen und Tschechen.

Stockholm, 24. Mai. (Meldung des Schwed. Teleg.-Bureaus.)
Als Delegierte zur Stockholmer Sozialistenkonferenz trafen
Gerami, Wuchinger und Bokarje von der ungarischen
sozialdemokratischen Partei sowie Diamand von der sozialdemo-
kratischen Partei Galiziens und Stein und Burian von der
zentralistischen Sozialistenpartei Böhmens hier ein.

Auch Marseille für die Beschickung.

Von der schweizerischen Grenze, 25. Mai. Wie der Schweizerische
Presse Telegraph aus Paris meldet, beschloß die französische so-
zialistische Vereinigung der Rhonemündung in einer in Marseille
abgehaltenen Sitzung auf dem Landesrat der französischen soziali-
stischen Parteien, der am 27. Mai in Paris stattfindet, für die Be-
teiligung an der Stockholmer Konferenz zu stimmen. Wenn der
Landesrat anders bestimmt, will die Minderheit eigene Vertreter
nach Stockholm entsenden.

London wieder von Luftschiffen
angegriffen.

Berlin, 25. Mai. Eines unserer Marineluftschiff-
geschwader unter Führung des Korvettenkapitäns Straßer hat
in der Nacht vom 23. zum 24. Mai die befestigten Plätze
Südenglands: London, Sheerness, Harwich und
Norwich mit Erfolg angegriffen. Alle Luftschiffe sind trotz
der vervollkommenen feindlichen Abwehrmaßnahmen ohne
Verluste und ohne Beschädigung zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Auch von englischer Seite liegt eine Meldung über den Angriff
vor. Reuters Bureau gibt am Donnerstag folgende Darstellung:
Letzte Nacht näherten sich vier oder fünf Luftschiffe der
Ostküste von England. Eine dicke Wand von Regenwolken er-
schwerte den Ausblick. Vier Luftschiffe gelang es, in die öst-
lichen Grafschaften einzudringen. Sie irren ziellos umher
und warfen in den ländlichen Distrikten eine Anzahl Bomben ab.
Sie waren offenbar außerstande, sich zu orientieren. Unsere
Aeroplane verfolgten sie. Die Wolken ermöglichten es den
Angrreifern, zu entkommen. Ein Mann wurde getötet; der
Schaden dürfte unbedeutend sein.

Welche Auffassung Landsberg nachher dahin ergänzte: „Wir wollen die Vernichtung unseres eigenen Landes verhindern, aber wir wollen auch kein anderes Land vernichten.“ Dieselbe Beteuerung klang aus der Erklärung, die Ebert für die Fraktion am 21. Dezember 1915 abgab: „Wir erheben in dieser Stunde wiederum unsern Einbruch gegen alle Eroberungspläne, die darauf ausgehen, andere Völker zu vergewaltigen.“ In seiner Reichstagsrede vom 5. April 1916 wiederholte Ebert:

Wir wenden uns nach wie vor aufs entschiedenste gegen alle Eroberungsabsichten. Vergewaltigungsbestrebungen werden wir entschlossen entgegen treten.

Am 6. Mai 1916 gab Gradnauer als Fraktionsredner im Reichstag die Ueberzeugung kund, daß „der Weltkrieg nur auf dem Wege einer Verständigung, eines Ausgleichs beendet werden“ könne. Am 11. Oktober 1916 legte sich David im Reichstag auf die Unabhängigkeit Belgiens fest und am 27. Oktober sprach Ebert die Erwartung aus, daß die Regierung nichts verabsäumen werde, „um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, der die Lebensinteressen auch der anderen Völker achtet und internationale Einrichtungen anbahnt, durch die die Kulturvölker vor dem Unheil neuer Kriege bewahrt werden.“ Desgleichen galt am 23. Februar 1917 der Regierung desselben Redners Erwartung, „daß sie unbeirrt festhält an der in ihrer Note vom 12. Dezember 1916 bekundeten Friedensgeneigtheit und jederzeit bereit bleibt, in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele eines Friedens, der die Lebensrechte aller Völker achtet und darum die Gewähr der Dauer in sich trägt.“

Das ist eine nicht einmal umfangreiche Blütenlese aus einer Fülle von Kundgebungen und Aeußerungen, die alle das gleiche Ziel im Auge haben: einen ehrenvollen Frieden für alle Völker! Einen Frieden mit Ausschluß jedweder Vergewaltigung! Einen Verständigungsfrieden! Eine Neuordnung Europas auf Grund gegenseitiger friedlich-schiedlicher Abmachung! Diese Proben einer Politik, die wie selten eine folgerichtig ist, mag jenen Schreibern zu denken geben, die im In- und Ausland von den „Sozialimperialisten“ und „Sozialisten des Kaisers“ fasziniert; den alldeutschen Kraftmenschen werden sie nichts zu denken geben, weil bei ihnen der Kehltopf auf Kosten des Kopfes allzu gewaltig entwickelt und das Denkörmchen ausgebrochen ist.

Diese unbedenklichen Burschen wissen ja auch gut genug Bescheid, daß die Sozialdemokratie nur denselben Frieden heischt, den sie vom ersten Tage des Krieges an verlangt hat, und sie stellen sich nur so, gerissene Heuchler, die sie sind, wenn sie tun, als sei der „Scheidemannsfrieden“ etwas ganz Neues und ganz Unerhörtes. Der Grund aber, der sie zu diesem Hosenspiel aneifert, ist höchst erfreulicher Art. Wenn die Alldeutschen früher die sozialdemokratischen Friedenskundgebungen mit ein paar geringschätigen Worten abtun zu können glaubten, so deshalb, weil sie annahmen, daß nicht viel mehr hinter ihnen stehe als eben der sozialdemokratische Partei- und Fraktionsvorstand. Es gab ja in der Tat eine Zeit, da das Amerionstieber breiten Schichten des Volkes im Blut rasete. Druck und Drangsal dreier Unheiljahre haben diesen Gärstoff aus den Adern der Massen fast restlos ausgehoben; um die Amerionstückerie ist es überflüssig und leer geworden, während sich in den sozialdemokratischen Friedensäußerungen all die leidenschaftliche Lebenskraft und Lebenswärme eines ganzen Volkes ausdrückt. Und sogar die Parteien, die früher alldeutschen Schaum schlugen, und auch die Regierung, die mit der Ankündigung „realer Garantien“ den Anbetern des Gottes Rimm gar so wohl gefiel, auch sie konzentrieren sich, wenn sie's auch heut noch nicht eingestehen wollen, langsam auf den von der Sozialdemokratie seit Beginn verfochtenen Gedanken eines Verständigungsfriedens ohne Gebietsverweigerung und Geldentschädigung zurück. Daher das Butzgeheil der Alldeutschen, daher ihre Gift- und Galleabsonderungen gegen die Sozialdemokratie, daher ihre Bühlarbeit gegen den Reichskanzler, daher auch ihr Vorstoß mit der Interpellation!

Der im feindlichen und neutralen Ausland die Zeichen der Zeit recht zu deuten versteht, kann an den Krämpfen, in denen die Alldeutschen, Schaum vor dem Munde, mit Armen und Beinen um sich schlagen, klärlieh erkennen, wie groß, tief und ehlich im deutschen Volk die Sehnsucht nach einem Frieden ist, der kein Land vergewaltigt, kein Volk demütigt, keines — es sei uns erlaubt, dies gegenüber fremden Eroberungsschreibern in aller Ruhe auszusprechen — auch das deutsche nicht!

Die Einberufung der russischen Konstituante.

Mahnahmen zur Beschleunigung.

Petersburg, 24. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung ordnete eine Reihe von Mahnahmen zur Beschleunigung der Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung an und setzte für den 7. Juni die erste Sitzung des mit der Anbearbeitung der Wahlordnung beauftragten Ausschusses fest.

Nach „Verlingske Tidende“ ist im letzten Ministerrat in Petersburg die Frage der Vertretung aller Nationalitäten in Rußland in der kommenden Verfassunggebenden Nationalversammlung erörtert worden. Da es jedoch in Rußland nicht weniger als 250 verschiedene Nationalitäten gibt, stellt sich nun heraus, daß sich diese Frage zur Zufriedenheit aller Nationalitäten nur schwierig lösen lasse. Wahrscheinlich erfolge die Lösung in dem Sinne, daß gewisse Vertreter von Nationalitäten nur eine beratende Stimme in der Nationalversammlung erhalten. Bei einer Tagung von Vertretern der Soldaten aus der Ukraine wurde ein Beschlußantrag angenommen, der eine selbständige Regierung für die Ukraine und die Ernennung eines besonderen ukrainischen Ministers verlangt.

Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet der „Manchester Guardian“ über ein Gespräch mit Terefschtschenko. Dieser hoffe, eine Uebereinstimmung mit den Alliierten zu erreichen und dadurch Kerenski bei seiner Reorganisation der Armee zu unterstützen. Er halte jeden Pessimismus in bezug auf Rußland für unbegründet und wisse jeden Gedanken an einen Sonderfrieden als eine Beleidigung für Rußland und die neue Regierung zurück. Terefschtschenko nannte sein Kabinett ein Kabinett der öffentlichen Sicherheit. Man sei zuerst allgemein der Ansicht gewesen, daß es in erster Linie darauf an-

komme, mit einem neuen Friedensprogramm hervorzutreten. Jetzt sei man der Ueberzeugung, daß gleichzeitig mit der Verstärkung der Front eine Verständigung mit den Alliierten über die Kriegsziele erreicht werden müsse. Dies sei die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung.

Basis dieser Verständigungsaktion bleibt natürlich das Friedensprogramm, das der neuen vorläufigen Regierung das Dasein erzwingen hat und das ihr auch, wie die Dinge liegen, einzig das Dasein verbürgt. Daß der Friedenswille in Rußland nichts an Kraft verloren hat, läßt sich wohl auch daraus erkennen, daß auf dem starbeseuchten Kongreß der Offiziersdelegierten in Petersburg, an dem auch alle alliierten Militärmissionen teilnahmen, der amerikanische Gesandte die Erklärung abzugeben für angebracht hielt, Amerika wünsche einen baldigen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. So meldet nämlich der „Corriere della Sera“ aus Petersburg.

Brasilien nimmt den Kriegszustand an.

Vorbereitung auf jede Möglichkeit.

Rio de Janeiro, 24. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Nach Blättermeldungen soll der Minister des Auswärtigen Nilo Pecanja im Ministerrat erklärt haben, die Torpedierung der Lijuca werde die äußere politische Lage Brasiliens nicht wesentlich verändern; gegenüber Deutschland sei die Lage ja schon durch die Torpedierung der Parana gegeben. Der Minister fügte hinzu: Brasilien braucht Deutschland den Krieg nicht zu erklären, es muß sich darauf beschränken, den Kriegszustand anzunehmen, welchen die Umstände ihm tatsächlich auferlegen. Bei der Erörterung der Zusammenarbeit Brasiliens mit den Vereinigten Staaten erklärte dann der Minister: Obgleich wir nur um unsere moralische und wirtschaftliche Mitwirkung ersucht worden sind, müssen wir doch der Organisation unserer Flotte und unserer Flotte volle Aufmerksamkeit widmen, besonders für den Fall unserer Mitwirkung bei dem Sicherheitsdienst im südlichen Atlantischen Ozean, und uns auf jede Möglichkeit vorbereiten. Die Regierung wird alle Einzelheiten der amtlichen Untersuchung über den Fall der Lijuca dem Kongreß bekanntgeben.

Auf Fragen von Zeitungserretoren über die Möglichkeit, daß Brasilien Deutschland den Krieg erkläre, antwortete Nilo Pecanja Brasilien erkläre niemand den Krieg, Brasilien verteidigt sich.

Freie Kriegszieledebatte in Oesterreich.

Wien, 25. Mai. Wie die Blätter erfahren, wird unter gewissen Beschränkungen in der allernächsten Zeit die Besprechung der Kriegsziele der Monarchie für die Presse freigegeben werden.

Redefreiheit im österreichischen Reichstag.

Nach dem Bericht über die Sitzung des Seniorensenats wurde das Ergebnis der Erörterungen in der Zensurfrage vom Präsidenten Ehlbester dahin zusammengefaßt, daß im Hause selbst volle Redefreiheit herrschen und die Zensur dem Präsidenten zukommen solle. Was die Veröffentlichung anbelangt, so müsse das Haus sich das Recht wahren, die Zensur selbst durch das Präsidium zu üben.

Gegen Dr. Groß.

In der Obmannkonferenz des österreichischen Abgeordnetenhauses haben, wie bereits telegraphisch gemeldet, die Sozialdemokraten und verschiedene nichtdeutsche Parteien ihre Abneigung gegen die Person des Präsidentschaftskandidaten Dr. Groß erklärt, der Deutsche Nationalverband und die Christlich-sozialen jedoch an Dr. Groß festgehalten. Der Anspruch des Deutschen Nationalverbandes als der stärksten Fraktion, nach dem Rücktritt Dr. Ehlbesters den Präsidentschaftsposten wieder zu besetzen, wird nicht bestritten. Aber im Gegensatz zu dem aus dem reindeutschen Salzbürg stammenden Ehlbester vertritt Dr. Groß die deutschmährische Sprachinsel Jglau, er ist Obmann des Deutschen Schulvereins und einer der Hauptmatadore des deutsch-tschechischen Kampfes; eine Mißbilligung der terroristischen Entartung dieses Kampfes hat man von Dr. Groß ebensowenig jemals gehört wie ein Wort gegen die Verleumdertaktik der Deutschradikalen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Ja, der deutschfortschrittliche Dr. Groß ist der eigentliche Schrittmacher der deutschradikalen Herrschaft im Nationalverband und der Vereinigung der Los-von-Rom-Leute a. D. mit den Merkmalen zur antisozialdemokratischen Chalang gewesen. Eine Portion höchster persönlicher Unliebenswürdigkeit tut das Uebrige, um das schärfste Mißtrauen gegen einen solchen Fanatiker als Präsidenten zu begründen, noch dazu, wenn ihm, wie geplant, schärfere Disziplinarmittel ausgeliefert werden sollen.

Englische Steuerlagen.

Der Krieg kann noch lange dauern.

Rotterdam, 25. Mai. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: In der gestrigen Sitzung des Unterhauses klagte der Schiffreeder Holt über die neue Steuererhöhung, die für die Reeder besonders ungünstig sei.

Bonar Law antwortete darauf, man müsse sich, wenn England sich in einer schlechten Finanzlage befinde, damit trösten, daß die Finanzlage Deutschlands noch viel schlimmer sei. Wenn der Krieg noch lange fortbauere, was leicht der Fall sein könne, so würde England nur durch Zwangsmahnahmen imstande sein, das für die Fortsetzung des Krieges notwendige Geld aufzutreiben. Er würde nicht zögern, notwendigenfalls zum Zwang überzugehen. Was die Klage der Reeder betreffe, so könne er sich damit rechtfertigen, daß er selbst Anteile an 14 Schiffen besitze und letztes Jahr davon eine durchschnitliche Dividende von 47 Prozent nach Abzug der Kriegsgewinnsteuer erhalten habe.

Frankreichs Nahrungsorgen.

Fleischkarte oder nicht?

Paris, 24. Mai. Kammer. In Beantwortung verschiedener Anfragen bezüglich des Verpflegungswesens erklärte Minister Violette, er werde sich offen über die Lage aussprechen, damit jeder die Notwendigkeit von Einschränkungen begreife. Die von den Präfekten gelieferten Ziffern ergaben, daß man nur bis Ende Juli reichen werde. Was Fleisch anbelange, so nähmen die von der Armee geforderten 52 000 Stück Vieh 15 Proz. der für die Zivilbevölkerung vorbehaltenen Mengen vorweg. Gefrierfleisch treffe nur noch in sehr geringen Mengen ein. Für die Versorgung mit Kohlen sei Dezentralisation nötig. Was zur See an Kohlen eingeführt werde, bleibe um über 800 000 Tonnen hinter der erforderlichen Einfuhrmenge zurück. Violette führte dann aus, Preisfestsetzungen seien nur wirksam, wenn sie Erzeugung und Verkauf trafen. Nur freier

Wettbewerb könne Preissteigerungen für Lebensmittel verhindern. Lebensmittelarten seien nur dann möglich, wenn die Bedürfnisse für alle Verbraucher ungefähr gleich seien. Die Verteilung der Lebensmittel müsse unter Aufsicht der Regierung stattfinden. Der Minister sprach dann über die von ihm ergriffenen Mahnahmen. Die im Ausland gemachten Getreidekäufe hätten die Bedürfnisse der Alliierten bis zum August gedeckt. Der Minister verwies dann auf die Nachteile von Fleischkarten. Er werde sich bemühen, die Spekulation einzuschränken. Nach einigen Erklärungen über Butter, Käse, Zucker und Saccharin wurde die Fortsetzung der Besprechung auf Dienstag vertagt.

Paris, 25. Mai. (Havasmeldung.) Ministerpräsident Ribot, die Minister für Verpflegungswesen und des Innern, der Präfekt des Seinedepartements, der Polizeipräsident und Abordnungen aus der Umgebung von Paris haben über die Fleischversorgung beraten. Ins Auge gefaßt wurden die demnächstige Einführung von Fleischkarten und eine zeitweilige Preisfestsetzung zur Verhinderung der Spekulation. Für die gerechte Verteilung zwischen den Verbrauchern sollen strenge Vorschriften erlassen werden.

Die Streikbewegung in Tampico.

Die Pariser Ausgabe des New York „Gerald“ meldet aus Mexiko:

Die Haltung der streikenden Mexikaner ist so beunruhigend, daß weitere zwei amerikanische Kanonenboote zu den beiden bereits in Tampico befindlichen entsandt wurden. Die Amerikaner liehen der Ortsbehörde in Tampico mitteilen, sie hätten die Ruhe um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Da sich die Ortsbehörde nicht fügte, ging der Befehlshaber der amerikanischen Kanonenboote an Land und erklärte, falls der Schutz der amerikanischen Petroleumquellen gegen die Streikenden nicht gesichert werde, würden amerikanische Marineeinheiten den Schutz übernehmen. Die mexikanischen Behörden forderten schriftliche Ueberreichung dieses mündlichen Ultimatum. Dann wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Jetzt ist neuerdings ein Streit ausgebrochen. Carranza hat keine Gewalt mehr über die Armee und auch Wähe, sich Geld zu verschaffen. Die Kammer hat zwar die geforderten Kredite angenommen, der Senat verweigert sie jedoch. Die Lage sei sehr ernst, sagt das Blatt, und nur ein Wunder könne helfen. General Obregon habe erklärt, er werde sich nicht mehr um die Armee kümmern. Nordmexiko werde von Villas Banden unsicher gemacht. Die größten Unruhen hätten sich jedoch im Gebiet von Veracruz ereignet, wo bewaffnete Banden alle Straßen unsicher machten und sogar Städte plünderten.

Der „Gerald“ mißt sich offenbar, den Vereinigten Staaten die Lage in Mexiko so darzustellen, daß die Meinung, der Augenblick zum Eingreifen sei nahe herangekommen, lästlich an Boden gewinnen wird.

Kabinettssturz in China.

Der Präsident beseitigt den Premierminister.

Peking, 24. Mai. (Havasmeldung.) Der Präsident hat den Premierminister Tuan schijui abberufen und Wuinfang mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut.

Schanghai, 24. Mai. (Reuter.) Die Entlassung des Premierministers erfolgte gestern früh nach einem Streit mit dem Präsidenten der Republik. Zum Kriegsminister wurde der Unterstaatssekretär ernannt. Die Truppen in Peking und Tientsin haben einen neuen Befehlshaber erhalten. Der Premierminister hat abgelehnt, eine Entlassung anzunehmen und ist gestern abend nach Tientsin abgereist. Diese verworrenen Zustände und Berichte über das Auftreten der Generale Lungschitwang und Lujungting in Kanton werden als Vorspiel eines Kampfes um die Herrschaft zwischen den Militaristen und dem Parlament bezeichnet. Der Streit wird wahrscheinlich mit den Waffen ausgefochten werden.

Der Krieg auf den Meeren.

Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean und Nördlichen Eismeer:

19 000 Br.-Reg.-T.

Berlin, 24. Mai. Unter den versenkten Schiffen befanden sich eine Anzahl bewaffneter russischer Dampfer von England nach Rußland; von einem wurde das Geschütz erbeutet. Ferner wurden mit einem Dampfer 5700 Tonnen Kohlen für die italienische Regierung versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Mißbrauch von Lazaretttschiffen.

Erweiterte Mahnahmen im Mittelmeer.

Die deutsche Regierung veröffentlicht eine Denkschrift über den Mißbrauch feindlicher Lazaretttschiffe, die nach Verweisung auf die Denkschrift vom 29. Januar 1917, mitteilt, daß sie weitere Beweise für die Benutzung feindlicher Lazaretttschiffe zu militärischen Zwecken erhalten habe. Sie teilt vier besonders bezeichnende Fälle mit und fügt hinzu:

Aus dem vorstehenden Material ergibt sich, daß der militärische Verkehr mit Saloniki zu einem sehr bedeutenden Teile durch feindliche Lazaretttschiffe vermittelt wird, daß ferner feindliche Lazaretttschiffe den militärischen Nachrichtendienst versehen, daß endlich diese Schiffe häufig, und zwar besonders im Mittelmeer, zur Munitionsbeförderung benutzt werden.

Die Denkschrift weist auf die in völkerrechtswidriger Weise geschähe Schädigung der militärischen Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten hin und kündigt an: die deutsche Regierung sehe sich nunmehr gezwungen, „den Verkehr der feindlichen Lazaretttschiffe auch in dem durch ihre Erklärung vom 31. Januar 1917 als Sperrgebiet bezeichneten Teile des Mittelmeers, und zwar grundsätzlich mit Einschluß der Fahrinne für Griechenland, mit allen Kräften zu verhindern. Sollten daher in diesem Seegebiet nach einer angemessenen Frist noch feindliche Lazaretttschiffe angetroffen werden, so würden die deutschen Seestreitkräfte sie gleichfalls als kriegsführende ansehen und ohne weiteres angreifen.“

Zuletzt gibt die Denkschrift bekannt, unter welchen Bedingungen — „um den feindlichen Mächten die ungefähre Bedeckung ihrer Verwundeten und Kranken aus Saloniki zu ermöglichen“ — die erwähnte griechische Fahrinne für den Verkehr von Lazaretttschiffen freigegeben wird. Es sind die folgenden:

1. die Lazaretttschiffe müssen den Hafen Kalamata im Peloponnes anlaufen und mit einer bestimmten, der deutschen Regierung bekanntgegebenen Geschwindigkeit zwischen Gibraltar und Kalamata laufen;

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Der verteilte Abkehrschein.

Ein Stundenlohn von 50 Pf. für einen jugendlichen ungelerten Arbeiter ist als angemessen zu betrachten.

Der Schlichtungsausschuss in Chemnitz hat eine Entscheidung getroffen, die von allgemeinem Interesse ist. Ein bei der städtischen Straßenbahn zu Chemnitz beschäftigter 17 Jahre alter Arbeiter hatte einen Stundenlohn von 42 Pf., die Teuerungszulage betrug 5 Pf. für die Stunde, so daß sich der Gesamtverdienst auf 47 Pf. für die Stunde stellte. Da ihm diese Entlohnung zu gering erschien, bemühte er sich um andere Arbeit und fand solche auch im Beton- und Monierbau der Wanderer-Aktiengesellschaft zu Chemnitz, wofür ihm ein Stundenlohn von 60 bis 65 Pf. zugesichert wurde. Außerdem war ihm Gelegenheit geboten, seine täglichen Mahlzeiten auf der Arbeitsstelle einzunehmen, so daß ihm der neue Arbeitsplatz auch nach dieser Richtung hin einige Erleichterungen bot. Der Arbeiter verlangte nun von der Straßenbahnverwaltung als seiner bisherigen Arbeitgeberin den Abkehrschein. Diese machte vor dem Schlichtungsausschuss geltend, sie habe den Arbeiter vor neun Monaten mit einem Stundenlohn von 36 Pf. eingestellt, er sei ein sehr geschickter, intelligenter und brauchbarer Arbeiter und sie könne bei dem jetzigen Arbeitermangel auf seine Arbeitskraft nicht verzichten. Er habe auch bei der Straßenbahn, da er im Oberbau beschäftigt werde, weiter Gelegenheit, sich auszubilden, und zudem die Gewöhnheit, regelmäßig beschäftigt zu werden, während er auf seiner neuemählten Arbeitsstelle mit der Einstellung der Arbeit an Regentagen rechnen müsse. Man wolle dem Arbeiter indessen, um ihn zu halten, eine Zulage von 8 Pf. für die Stunde gewähren, so daß sich ein Gesamtverdienst auf 50 Pf. für die Stunde stellen werde. — Der Arbeiter wendete ein, daß er mit diesem Verdienst in der gegenwärtigen Zeit nicht bestehen könne. Er sei zwar ein lediger Mann, müsse aber seine Wohnung und seinen Lohn mit seiner Schwester teilen, deren Ernährer im Kriege gefallen sei. Außerdem biete ihm die neue Arbeitsstelle mancherlei Erleichterungen, die namentlich bei seinem jugendlichen Alter stark ins Gewicht fallen. — Der Schlichtungsausschuss konnte sich dieser Auffassung nicht anschließen. Er verteilte den Abkehrschein mit dem Verlangen, daß ein Stundenlohn von 50 Pf. für einen ungelerten, in dem jugendlichen Alter von 17 Jahren stehenden Arbeiter als angemessen zu betrachten ist.

Jahresabschluss des Holzarbeiterverbandes für 1916.

Die Beschäftigungsmöglichkeit im Holzgewerbe hat sich im Berichtsjahr auf dem schon zu Jahresbeginn vorhandenen günstigen Stand gehalten und ist in den meisten Branchen noch weiter gestiegen. Mit 2,4 Proz. arbeitslosen Verbandmitgliedern im Januar 1916 war gegenüber früheren Jahren ein gewisser Hochstand erreicht. Obwohl im Anfang des Jahres 1916 bereits die ersten und schlimmsten Wirkungen der durch den Krieg hervorgerufenen Arbeitslosigkeit überhandnahmen, betrug doch die damalige Arbeitslosenziffer noch 13,38 Proz. Trotz dieser günstigen Verhältnisse über den Beschäftigungsgrad ist die Holzindustrie doch lange nicht so beschäftigt, wie etwa in normalen Zeiten; dazu ist ihr Anteil an den Heeresaufträgen im allgemeinen zu unbedeutend, auch fehlen ihr ja, wie den meisten Industrien, hierfür die nötigen Arbeitskräfte. Bei Kriegsausbruch betrug die Mitgliederzahl 192.465. Die Mitgliederbewegung hatte in den beiden ersten Kriegsjahren einen empfindlichen Rückgang aufzuweisen, der jedoch im Jahre 1916 so gut wie gänzlich zum Stillstand kam. Ende 1916 waren zwar immer noch 1166 Mitglieder weniger als Ende 1915 vorhanden, indem die Gesamtziffer von 69.415 auf 68.249 Mitglieder gefallen ist. Der Verband hatte im Jahre 1915: 16.633 Neuaufnahmen zu verzeichnen, welche Zahl sich 1916 auf 21.925 erhöhte. Erfolgreich ist hierbei, daß auch die in größerem Maße in die Holzindustrie eingedrungenen weiblichen Arbeitskräfte an dem Mitgliederzuwachs erheblich beteiligt sind. Von den 21.925 Neuaufgenommenen entfielen 15.844 auf männliche und 4.955 auf weibliche Mitglieder. Die Aufnahmehöhe der Jugendlichen erhöhte sich von 596 im Vorjahre auf 1126 im Jahre 1916. — So erfreulich an sich dieser Zuwachs an weiblichen Mitgliedern ist, so entspricht er doch lange nicht der Zunahme an weiblichen Arbeitskräften, die im Laufe des Krieges in der Holzindustrie Unterlunft gefunden haben. Das sollte den Funktionären und Werkstättvertrauensleuten eine Lehre sein, für den Anschluß der neuen weiblichen Arbeitskollegen an den Verband mehr als bisher zu wirken. In Zukunft wird erst recht die ungeschwächte Einigkeit und Solidarität der Arbeiter und Arbeiterinnen eine Vorbedingung für deren erfolgreiche Interessenvertretung durch den Verband sein, wie es ja schon in dem während des Krieges geführten unzähligen Verhandlungen wegen Lohnerhöhung und Teuerungszulagen so deutlich zutage getreten ist. Weit schwierigere Kämpfe werden sich nach dem Kriege um die Entlohnung der Frauenarbeit abspielen, denen man heute vielfach bei der gleichen Stücklohnarbeit und bei gleicher Leistung doch nur die Hälfte bis höchstens zwei Drittel der tariflich geregelten Akkordpreise bezahlt.

Der Verband hat bei Zusammenstellung seiner unter den Frauen und in Arbeit stehenden Mitglieder trotz der vielen Neuaufnahmen immer noch ein Defizit von rund 20.000 Mitgliedern zu konstatieren. Es sind schätzungsweise an 30.000 Mitglieder in den Kriegsindustrien untergekommen; diese haben dabei die Verbindung mit dem Verband vielfach verloren. Andere haben frühere verwandtschaftliche und ländliche Beziehungen wieder aufgenommen und der industriellen Kriegsarbeit vorübergehend den Rücken gekehrt, was alles in dem obigen Mitgliederverlust seinen Niederschlag findet. Doch zeigt es auch, wie schwer es werden wird, die den neuen Verhältnissen nach dem Kriege angepaßte Geschlossenheit der wirtschaftlichen Interessengruppen der Holzarbeiter wieder herzustellen, und zwar so herzustellen, daß sie einen wirklichen Schutz für die Lebensinteressen der Holzarbeiter zu bieten vermag.

Ein recht interessantes Kapitel bietet die Statistik der Lohnbewegungen. In dieser Beziehung zeigte das Berichtsjahr eine besondere Lebhaftigkeit, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein dürfte, daß im Holzgewerbe die Regelung der Teuerungszulagen nicht zentral, sondern auf lokaler Grundlage vor sich ging. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des Verbandsvorstandes kam es 1916 zu 47 Angriffsstreiks, 5 Abwehrstreiks, 8 Ausperrungen und 734 Lohnbewegungen ohne Streik. Es kamen dabei nicht weniger als 95.944 männliche und 13.057 weibliche Arbeiter, zusammen 109.001 Beteiligte in Frage, eine Zahl, die in früheren Jahren niemals erreicht wurde. Der Zweck dieser Bewegungen war in den weitaus meisten Fällen, den Teuerungsverhältnissen angepaßte Lohnsteigerungen in Verbindung mit angemessener Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Der Erfolg war eine Lohnerhöhung für 78.008 Personen in Höhe von durchschnittlich 7,08 M. wöchentlich und eine Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich drei Stunden wöchentlich für 468 Personen. Bei 176 Lohnbewegungen wurden Tarifverträge abgeschlossen bzw. erneuert oder ergänzt.

Der Kassenabschluss ergibt für 1916 eine Mehreinnahme von 562.100 M., während das Jahr 1915 einen Ueberschuß von 748.867 M. ergab. Reibter ist damit das Kriegsjahr der Verbandskasse noch nicht voll ausgeglichen, das 1914 eine Verminderung um 1.417.199 M. erfuhr. Haupt- und Nebenkassen zusammen erlitten durch den gewaltigen Kassenansturm des Jahres 1914 eine Einbuße von 2.371.937 M. Der Vermögensstand des Verbandes stellte sich Ende 1916 auf 6.713.894 M. gegen 7.404.017 M. Ende 1915. An Unterstützungen wurden 1916 984.971 M. ausbezahlt gegen 6.747.703 M. im Jahre 1914 und 1.431.625 M. im Jahre 1915.

Aus alledem ergibt sich, daß der Verband mit einer gewissen Bekriedigung auf das abgelaufene Jahr zurückblicken kann. Liegt auch kein Anlaß zum Jubeln vor und lastet der Krieg auch noch schwer auf ihm und seinen Mitgliedern, so zeigt diese knappe Uebersicht dennoch, welche segensreichen Wirken eine gute Gewerkschaft auch selbst unter dem Kriegszustand zu vollbringen imstande ist.

Der Verband der Gutarbeiter im Jahre 1916.

Der Rückgang der Gutindustrie während der Kriegszeit hält an. Die Zahl der Beschäftigten ist im Berichtsjahre weiter, von 14.000 auf 12.000, gesunken. Die härteste Einbuße haben während des Krieges erlitten: die Wolllinindustrie mit einer Verminderung des Arbeitspersonals von 8000 auf 1900 und die Seidenhut- und Klapphutindustrie von 800 auf 180. Die Arbeitslosigkeit ist gegen die Kriegszeit 1914/15 um 10 Proz. gesunken. Trotzdem kommen immer noch auf 13.000 Fälle 654.000 Tage Arbeitslosigkeit, hiervon entfallen rund 10.000 Fälle mit 554.000 Tagen Arbeitslosigkeit auf die Strohhutindustrie, die auch in Friedenszeiten, nach Saisonabschluss, eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat. Die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöhte sich von 6306 auf 6587. — Die Zahl der männlichen ist von 2725 auf 2388 gefallen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 181.000 M., die Ausgaben 168.925 M. Gesamtvermögen blieb 324.121 M. An Unterstützungen wurden ausgezahlt 85.117 M., davon an Arbeitslose 29.750, für Kranke und Sterbefälle 26.862 M., für Notfälle 11.325 M., für Kriegsunterstützung 6523 M. Während des Krieges sind den Mitgliedern, zumeist den Kriegsarbeitslosen, rund 300.000 M. an Unterstützungen zugeflossen. — An den Lohnbewegungen und den Bewegungen zur Erreichung von Teuerungszulagen waren insgesamt 15.535 Berufsangehörige beteiligt. Durch Vereinbarung mit Unternehmerorganisationen und Einzelunternehmern wurde erreicht: für 18.057 Beteiligte 32.825 M. Lohnerhöhung; Arbeitszeitverkürzung für 351 Beteiligte 2670 Stunden wöchentlich. Abgemindert wurde für 1748 Beteiligte 2436 M. Lohnförmung, Arbeitszeitverlängerung für 188 Beteiligte 372 Stunden und Maßregelungen für 211 Beteiligte. Außerdem wurde Tausenden von Arbeiterinnen die Weibehaltung der bisherigen Zwangspreise gesichert.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, O. 54, Gormannstr. 13, hat im April, dem ersten Monat seines Bestehens, eine rege Tätigkeit entwickelt. Es gelangten zur Einschreibung 22.239 Arbeitsuchende. An offenen Stellen wurden 22.916 gemeldet, von welchen 17.661 besetzt werden konnten. Neben den allgemeinen Abteilungen für männliche und weibliche, ungelerte Arbeiter und Arbeiterinnen bestehen zurzeit 20 Fachabteilungen für gewerbliches Personal. Außer den im Hause tätigen Abteilungen sind noch Zweigstellen für Hauspersonal und für das Schneidergewerbe in verschiedenen

Städteorten errichtet worden, deren Dezentralisation im Interesse der Benutzer zweckdienlich erschien. Die Vermittlung ist mit Ausnahme der Abteilungen für Hauspersonal, wo von den Hausfrauen eine geringe Gebühr erhoben wird, für je d e r m a n n gänzlich kostenlos. Für Bestellungen ist eine Fernsprechzentrale mit 18 Amtsanstalten und 50 Hausanstalten vorgesehen, welcher in schnellster Weise mit jeder gewünschten Abteilung verbunden. Anruf: Amt Norden 11040-47, 3691, 3692, 9764, 3791 bis 3797. Geöffnet ist der Arbeitsnachweis von 7-3 Uhr, für Gastwirtschaftpersonal am Sonntags von 8-2 Uhr.

Die Verwaltung sieht es als ihre höchste Aufgabe an, für den Arbeitgeber stets den geeigneten Arbeiter und für jeden Arbeiter eine seinen Fähigkeiten und Wünschen entsprechende Stelle zu beschaffen. Dazu ist es erforderlich, daß sich alle Beteiligten in erster Linie dieser neuen Einrichtung der Stadt Berlin bedienen, denn durch die Zentralisation möglichst vieler Bestellungen und Arbeitsgesuche ist die beste Dispositionsmöglichkeit gegeben.

Die Teuerungszulagen der Buchbinder in Buchdruckereien und Geschäftsbuchfabriken

befähigten am Mittwoch eine Branchenversammlung der in den genannten Betrieben beschäftigten Buchbinder und Buchbinderarbeitsnehmerinnen. Große Berichte über die Verhandlungen mit den Berliner Buchdruckereibesitzern. Die von den Berliner Buchdruckereibesitzern vorgelegten Forderungen unterbreitet worden. Danach sollten die Teuerungszulagen in prozentualen Zuschlägen zu den Löhnen und Verdiensten bestehen, die sich zwischen 50 und 20 Proz. für Gehilfen und zwischen 60 und 20 Proz. für Arbeiterinnen bewegten. Die Vertreter des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer wollten aber nicht auf Grund dieser Vorlage verhandeln, sondern die mit den Buchdruckern getroffenen Abmachungen zugrunde legen. Auf dieser Grundlage wurde dann verhandelt. Es kam eine Vorlage für eine Vereinbarung zustande, aus der dann die Verammlung der Prinzipale noch einige Punkte strich. Das so zustande gekommene Angebot der Buchdruckereibesitzer geht nun in der Hauptsache dahin:

An Stelle der früheren Teuerungszulagen treten wöchentliche Teuerungszulagen, die bei den Gehilfen nach der Höhe der Löhne abgestuft sind und für verheiratete Gehilfen zwischen 9,50 und 4,50 M. und für ledige Gehilfen zwischen 8 M. und 3 M. wöchentlich betragen. Gehilfen im Akkord haben Anspruch auf dieselben Teuerungszulagen. Sofern die bisher gezahlten Teuerungszulagen höher waren, bleiben diese bestehen. Die neuen Zugeständnisse sollen ab 1. Mai gelten. Für den Monat April wird den Gehilfen, sofern sie zurzeit noch in den Betrieben sind und den vollen Monat April gearbeitet haben, eine Nachzahlung von 5 M. geleistet. Unter denselben Voraussetzungen erhalten die Arbeiterinnen für den April eine Nachzahlung von 8 M. Ferner sollen Arbeiterinnen in Lohn und Akkord Teuerungszulagen erhalten, die für geübte 4,50 M. und für ungeübte 3 M. wöchentlich betragen. Arbeiterinnen erhalten außerdem für alle Kinder unter 14 Jahren eine Zulage von 2 M. monatlich. Akkordarbeiterinnen erhalten für Handarbeiten 25 Proz. Zuschlag auf die tariflichen Akkordlöhne, ebenfalls rückwirkend ab 1. Mai. Der Tarifvertrag soll bis zum 31. Dezember 1918 verlängert werden. — Die Branchenleitung ist durchaus nicht befriedigt von der Höhe der zugestandenen Sätze, die hinter den gewünschten Erhöhungen erheblich zurückbleiben. Namentlich ist sie aber der Meinung, daß an einigen Punkten, die der Verein der Prinzipale aus der ersten Fassung der Vorlage herausgestrichen hat, festzuhalten wäre. In dem Gesetzentwurf gehört unter anderem der Passus: „Sollten bei späteren Verhandlungen bis zum 1. Juli den Buchdruckergehilfen seitens des Tarifamtes höhere Teuerungszulagen zugestanden werden, so sollen diese erhöhten Teuerungszulagen auch den Buchbindergehilfen zuteilen.“

In der Diskussion bekämpften verschiedene Redner lebhaft die Zugeständnisse als nicht ausreichend.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Die Verammlung bedauert es außerordentlich, daß die Arbeitgeber ihren Personal in bezug auf die Höhe der Teuerungszulagen so wenig Entgegenkommen zeigen. Nicht im Entferntesten sind die zugebilligten Teuerungszulagen dazu angetan, bei der fortgesetzten sich verteuernden Lebensweise auch nur einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen. Die Verammlung hält ferner die Streikung einiger Absätze in der mit unseren Unterhändlern aufgestellten Vereinbarung nicht für tunlich. Sie erwartet vielmehr, daß die Vorlage in der ersten Fassung wieder hergestellt wird. Nur unter dieser Voraussetzung erklärt sich die Verammlung zur Annahme der Zugeständnisse bereit; sie ersucht in diesem Sinne die weiteren Verhandlungen zu führen.“

Ausland.

Paris, 24. Mai. (Gabelmeldung.) Die Angestellten einer großen Pariser Kreditanstalt sind heute morgen in den Ausstand getreten. Sie fordern Teuerungszulagen und Einführung der englischen Woche. Der Ausstand der Schneiderinnen, Nagelmacherinnen usw. dauert an. Mehrere große Geschäfte haben geschlossen.

Verantwortl. Redakt.: Dr. Franz Diederich, Berl.-Friedenau; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reudersl.; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Sormüts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Gegen **Bar und auf Kredit** unter günstigsten Zahlungsbedingungen **Frühjahrs-Neuheiten** Jackenkleider, Mantelkleider, Seidenkleider, Seidenkostüme, Frühjahrmäntel, Kleiderröcke, Elegante Blusen in Seide, Voile, Chiffon, imprägnierte Seidenmäntel, Damenputz, Fertig. Herrenkleidung, Barschen- u. Jünglingsanzüge

B.FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1
Süden: Kottbuser Damm 103
Osten: Frankfurter Allee 350
Westen: Charlottenburg, Scharrenstr. 5, Ecke Wilmersdorfer Str.

Heute bis 8 Uhr geöffnet.

Inserat mitbringen! 3 Mark Wert!

1. Feiertag geschlossen.
2. Feiertag geöffnet von 8-10 Uhr.

Wunderbare Seidenmäntel
(Betrugmänn) gesetzlich geschütztes Fabrikat
Regenschutz, Mantelkleider aus Seide, Taffel, Halbiene, wundervolle Ausführungen,
175.- 155.- 130.- 100.- 75.- 50.-
Staubmäntel, teils aus Friedensstoffen, 55.- 35.- 25.-
Schwarze Rollene-Mäntel, elegant, auch einischer Aufmachung 185.- 150.- 110.- 75.- 55.-
Kurze und lange Taffel- und Mohair-Jacken, für jeden Rock passend, 65.- 35.- 25.-

Fische Mäntel
beste Qualität, Glocken und Gürtelformen
250.- 200.- 175.- 150.-
Astrachan, Seal Fische, entzückende Aufmachungen
300.- 250.- 200.- 150.-

Pasendee für stärkste Figuren vorrätig

Fische Mäntel
beste Felle, Fohlen, Seal Electric, Persischer
180.- 150.- 100.-
Fantasie-Pelzmäntel ziemlich lang 250.-

Ulster
teils aus Friedensstoffen, mollige Qualitäten
150.- 130.- 75.- 65.-
einfache Ulster
50.- 30.- 25.-

Westmann

1. Geschäft: Mohrenstr. 71a. 2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Leihhaus Moritzplatz 58a

Trotz allgemeiner Warenknappheit bieten meine Lager noch große Auswahl in Rock-Anzügen, Jackett-Anzügen, Paletots, Ulstern, teils auf Seide, in prima Verarbeitung zu billigen Preisen. — Ferner Damen-Kostüme, Ulster, Mäntel, in einfachster bis elegantester Ausführung. — Riesen-Auswahl in Pelzsachen, Skunks, Marder, Nerz, Alaska-Füchsen, in modernster Ausführung, von 30-150 Mark. — Angebot in Herren-Gehpelzen, Wagen- und Reisepelezen. — Extra-Angebot in Lombard gewesener Portieren, Betten, Uhren, Ringen, Brillanten, Schmucksachen sehr billig.

Parteinachrichten.

Kriegskreditbewilligung und Ministerialsozialismus der russischen Zimmerwalder.

Hugmans schreibt im Stockholmer 'Social-Demokraten': Zwei politische Ereignisse sind eben eingetreten, die geeignet sind, in den sozialistischen Kreisen aller Länder starken Eindruck zu machen.

1. Auslands sozialistische Arbeiter haben beschlossen, die neue Anleihe zu unterstützen, welche bezweckt, die Wirksamkeit der nationalen Verteidigung finanziell zu sichern.

2. Die Arbeiter Auslands haben beschlossen, an der Regierungsmacht teilzunehmen und deshalb in die Regierung einige ihrer Männer gelangt, die also Minister in der jungen Republik geworden sind.

Werden sie den russischen Arbeitern dasselbe sagen, was sie gegen die französischen und englischen Parteigenossen geschleudert haben? Oder werden sie irgendeinen feinen Unterschied herausfinden, der ihnen erlauben könnte, bei jenen das zu verteidigen, was sie bei diesen angreifen?

Sie werden es aber nicht tun. Sie wissen allzu sehr, daß die russischen Arbeiter im wohlverstandenen Interesse des Proletariats gehandelt haben.

In der 'Offener Arbeiterzeitung' mahnt Genosse Otto Que jene Parteifreunde zu etwas mehr Zurückhaltung, die sich in wenigen Kriegesmonaten von der äußeren Linken zur äußersten Rechten wandelten und nun ihre neue Ueberzeugung mit derselben Ausschließlichkeit verteidigen, wie ihre alte.

Ein Werkwort zu rechter Zeit.

Die Arbeiterzeitung mahnt Genosse Otto Que jene Parteifreunde zu etwas mehr Zurückhaltung, die sich in wenigen Kriegesmonaten von der äußeren Linken zur äußersten Rechten wandelten und nun ihre neue Ueberzeugung mit derselben Ausschließlichkeit verteidigen, wie ihre alte.

erfahrungen die wirtschaftlichen, die nationalen und internationalen Grundanschauungen der Sozialdemokratie als richtig erwiesen.

Industrie und Handel.

Deutsch-Schweizerisches Abkommen.

Nach dem Abkommen hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, während der Monate Mai bis Juli 1917 für einen Kalorienwert bis zu 18 Millionen Franken Schweizerische Erzeugnisse (Seidenwaren aller Art 35 Proz., Stidereien aller Art 30 Proz., Uhren aller Art 25 Proz., Bekleidungs 10 Proz.) zur Einfuhr nach Deutschland zuzulassen.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Felten u. Guillaume Carlswerk A.-G. in Wilm., die auch in Berlin industrielle Niederlassen hat, weist nach Abschreibungen von 3 120 804 M. (i. V. 1 933 133 M.) einen Reingewinn von 8 308 700 M. (i. V. 7 099 224 M.) aus.

Die Handelsgesellschaft für Grundbesitz hat die Häuser ihres Blockes Hohenzollerndamm, Amnauer und Franzensbader Straße bis auf Kleinigkeiten fertigstellen können.

Die Julius Berger Tiefbau-Aff.-Ges. in Berlin hat einschließend eines Vortrages von 275 800 M. einen Ueberschuß von 889 207 M. (798 322) erzielt, woraus eine Dividende von wieder 10 Proz. ausgeschüttet werden soll.

Das Kalihyndikat fordert Preiserhöhung.

In der gestrigen Versammlung des Kalihyndikats wurde beschlossen: Die Kalindustrie lehnt jede Verantwortung dafür ab, daß die Verringerung der deutschen Landwirtschaft mit Kalisalzen und Kalifabrikaten und die Vorbereitung der Ausfuhr durch Ablehnung der vom Kalihyndikat beantragten Preisfestsetzungen nicht ermöglicht wird.

1917 beläuft sich auf 4,4 Millionen Doppelzentner Mehlkraft gegen 4,26 Millionen im gleichen Zeitraum 1916.

Das Nichtpreisabkommen, welches eine Voraussetzung für die Versorgung der Landwirtschaft mit Kalisalzen ist, wurde für das zweite Halbjahr 1917 neu abgeschlossen.

Soziales.

Schutz vor Mietssteigerungen.

Wir haben gestern erst darauf hingewiesen, daß sich überall die Versuche geltend machen, die Zeitverhältnisse zu Mietssteigerungen auszunutzen. Heute schon gehen uns zahlreiche Mitteilungen zu, daß der Bund der Grundbesitzervereine von Neuböln allen Mietern eine Mietssteigerung zumutet.

Die Umzugsschwierigkeiten sind heute so groß und vor allem erfordert der Umzug derartige Kosten, daß diese Lasten in vielen Fällen manchen Mietern zwingen werden, dem Ansinnen der Hausbesitzer zu entsprechen.

Im übrigen aber sollte jede Frau eingehend prüfen, ob die ihr zugegangene Mietskündigung auch ordnungsmäßig ergangen ist. Wo die Wohnung nur von dem im Felde stehenden Mann gemietet wurde, muß die Frau sofort erklären, daß sie für den Mann zur Annahme einer Kündigung nicht befugt sei.

Auch für die Stadterhaltung handelt es sich hier um eine überaus wichtige Angelegenheit: sie hat in erster Linie die Pflicht, für die Wohnungsgelegenheit ihrer Einwohner zu sorgen.

Für die Erhöhung der Einkommensgrenze in der Krankenversicherung.

von 2500 auf 3000 M. tritt eine Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform ein, der sich fast sämtliche Angestelltenverbände angeschlossen haben.

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof. Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, spez. chron. Fälle.

Gute Ausnahmepreise: Gänsefüßchenfleisch . . . p. Pfd. 2,50 Gänsefüßchen p. Pfd. 4,90 Gänsefüßchen p. Pfd. 3,50 Spitzgans p. Pfd. 10,50

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/12-2 u. 1/6-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1. Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre 60 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert.

f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. 1907* Institut: a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/12-2 u. 1/6-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake. F. Ernst Borch, Eisenerstr. 21. Alkoholl. Getränke Franz Abraham Bank, Moosina u. Römerstr. 21.

Erscheint 2 mal wöchentlich. Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16. August Holz 18 Detail-Geschäfte. Brauerei Bötzwil empfiehlt Qualitätsbiere.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Eisfabriken Timmer-Essig überall erhältlich. Fleisch- u. Wurstw. W. Beck. Inh. Horn. Gerbech.

Unternehmende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf. Hüls, Ritzsch, Polawars. Vester, E. Kottbusser-Damm 11/19.

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21. Alt Moabit. Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb.

Herr Oberförster ungemütlich und schrieb ihr Briefe, die mit Schimpfwörtern gepickt waren und Beleidigungen, wie „Hochstaplerin“, „Mannstolzes Weib“, „Erbärmliche Person“, „Alte Fiege“ usw. enthielten. Er war deshalb auch wegen Beleidigung angeklagt. — Ganz ähnlich erging es einer Frau, die er unter gleichen Vorwürfen als „Wirtshauslerin“ anwand und ihr eine Summe von 310 M. abnahm. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung.

Dem sozialen Empfinden widersprechend. Die Kammer 2 des Berliner Gewerbegerichts hatte die Gültigkeit eines Arbeitsvertrages zu prüfen, den die Porzellanfabrik von Lewandowski mit einem von ihr beschäftigten Fensterputzer abgeschlossen hatte. In dem Vertrage wird unter anderem bestimmt, daß Krankheitsstage vom Lohn abgezogen werden. Obgleich der Fensterputzer den Vertrag ohne Vorbehalt unterschrieben hatte, klagte er auf Bezahlung einiger Tage, an denen er wegen Krankheit arbeitsunfähig war. Der Kläger bezeichnete die angegebene Vertragsbestimmung als den guten Sitten widersprechend und suchte sie deshalb an. — Das Gericht wies den Kläger mit seiner Forderung ab unter der Begründung: Es widerspreche zwar dem sozialen Empfinden, wenn der Arbeitgeber den Lohn für Krankheitsstage abzieht, aber in dieser Hinsicht herrsche Vertragsfreiheit, der Kläger sei also an dem von ihm unterschriebenen Vertrag gebunden. Das Gericht könne nicht annehmen, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße, auch nicht, daß sich der Kläger beim Abschluss desselben in einer Irrtümlichkeit befunden habe. Das Gericht empfahl aber der beklagten Firma, solche Verträge, welche die Bezahlung der Krankheitsstage ausschließen, in Zukunft nicht mehr einzugehen.

Aus aller Welt.

Große ausgedehnte Braunkohlenlager sind in Westpreußen und zwar in den Kreisen Graudenz, Briesen usw. entdeckt worden. Wie uns mitgeteilt wird, soll es sich um wertvolle Kohle für Industrie- und Hausbrandzwecke handeln. In den Gemarkungen Arnoldsdorf, Rehden und Rastanken hat man in Tiefen von 70 bis 90 Meter Braunkohlen in einer Mächtigkeit von 4—14 Meter angetroffen. Mehrere Gesellschaften haben schon Felder erworben, die in den Gemarkungen Arnoldsdorf, Bergwalde, Briesen, Deutschwalde, Pronau, Rodenhors, Ruchlewitz, Rhumburg, Labenz usw. liegen.

Der Krolage Graf Anton v. Frisch ist, wie aus Wien gemeldet wird, Donnerstag im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung gestorben.

Die wieder kottgemachte Gneisenau, die vor einigen Tagen in den Antwerpenen Hafen geführt wurde, ist ein 8185 Tonnen-Dampfer, und wurde von den Belgiern auf Befehl der Engländer kurz vor deren Flucht in der Scheldemündung versenkt. Dasselbe Schicksal teilten 31 andere deutsche Dampfer, die neben der Gneisenau in dem belgischen Hafen lagen und die insgesamt 110 000 Tonnen aufwiesen. Aber während die anderen Schiffe nur leichte Beschädigungen oder eine Zerstörung der Kesselanlagen aufzuweisen hatten, so daß deren Bedienung schon nach wenigen Tagen nach der deutschen Besetzung vollzogen werden konnte, wurden die Maschinen und Kesselanlagen der Gneisenau vollständig unbrauchbar gemacht und das Schiff versenkt. Bei Ebbe lag es zwei Drittel unter Wasser und bei den Beschädigungen ist man mit einer derartigen Rücksichtslosigkeit zu Werke gegangen, daß selbst sämtliche Rettungsboote mit Löchern versehen wurden, damit auch diese nicht mehr gebraucht werden könnten. Sogar die zu Hospitalzwecken an Bord befindlichen Einrichtungen wurden in blinder Wut gänzlich vernichtet, und zunächst hatte man geglaubt, daß der schöne Dampfer als verloren zu gelten habe. Diesen Pessimismus hat nun die Leistungsfähigkeit unserer Technik beseitigt.

Kohle von Spitzbergen. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Eine schwedische Expedition für Kohlegewinnung auf Spitzbergen reist in den nächsten Tagen ab. Im Sommer wird man auf Spitzbergen mit 150 Mann arbeiten, von denen 100 dort überwintern sollen. Für dieses Jahr rechnet man mit einem Kohleertrag von 2000 bis 3000 Tonnen, für die kommenden Jahre mit bedeutend höheren Erträgen.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. 25. 1. Rein. 2. Darüber können wir genaues nicht mitteilen, wann diese Mannschaften entlassen werden bestimmt der Kaiser. — H. G. 35. Sie haben kein Recht zur Einbehaltung des Gegenstandes, da dieser nicht pfändbar ist. — H. R. 92. Eine Eingabe in dieser Sache an den Kaiser ist zwecklos, Sie können sich aber an die Nationalversammlung für Hinterbliebene von Gefallenen, Berlin, Wiesenstr. 11, wenden. — C. B. 228. 1. Ja, soweit sie aus ihrer Mitgliedschaft zur Krankenkasse nicht höhere Beiträge hat. 2. Die Reichsmögensliste legt sich zusammen aus einem einmaligen Aufschlag zu den Kosten der Einbindung in Höhe von 26 M., ein Wochengeld von 1 M. täglich einschl. Sonn- und Feiertage für die Dauer von 8 Wochen, von denen mindestens sechs Wochen in die Zeit nach der Einbindung fallen müssen, ein Beitrag von 10 M. als Beihilfe für Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung, falls solche wegen Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wäre und ein tägliches Stülgeld von 50 Pf. bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft, sofern die Mutter das Kind selbst stillt. Die Anmeldung hat bei der Kasse zu erfolgen, bei der Sie Mittelteil sind.

H. R. 114. 1. Ja. 2. Etwa 40 M. 3. Somit könnten Sie nur bei Erkrankung für besondere Aufwendungen verpflichtet werden. 4. Ja, soweit die Unterführung der Krankenkasse zur Beilegung der Kosten nicht ausreicht. — R. R. 76. Wenn Sie nur alleiniger Benutzer des Klosetts sind, sind Sie dazu verpflichtet. — G. R. 59. 1. 26 Wochen. 2. Nach Ablauf der 26 Wochen hat die Krankenkasse keinerlei Verpflichtung. Dann kann auf Antrag Invalidenrente gemeldet werden. — H. 100. Das Spielen in dieser Lotterie ist in Preußen verboten. Sie würden sich strafbar machen. — Th. B. Was Gehalt um Rückführung der Leiche ist an das Stellvertretende Generalkommando des III. Armee-Korps zu richten. In dem Gehalt muß dargelegt werden, daß es sich um ein Einzelgrab handelt. Massengräber dürfen nicht geöffnet werden; 2. wo das Grab liegt, unter Massengräber dürfen nicht geöffnet werden; 3. wo das Grab liegt, unter Angabe des Ortes tumlicht unter Befugung einer Schizze; 4. wer die Ueberführung betreiben soll; ein Verwandter oder Freund muß zugezogen werden, der bei Genehmigung der Leiche mitwirkt; 4. daß sich der Besuchsleiter allen Bedingungen unterwirft, die von der Militärbehörde gestellt werden. Ob Ihr Sohn im Einzelgrab beerdigt worden ist, können wir natürlich nicht wissen, darüber müssen Sie bei der Kompanie erst anfragen. — Th. 100. 1. Unfall-, Alters- und Invalidenrenten gebühren zum steuerpflichtigen Einkommen; von der Militärrente sind nur Verfallensleistungen und Kriegszulagen steuerfrei, die Stammrente ist steuerpflichtig. 2. Britische sozialistische Partei (S. P.); Labour Party (Arbeiterpartei, unabhängige Arbeiterpartei (S. P.)); Labour Party (Arbeiterpartei, demokratisch-sozialistische Partei). 3. G. R. Gendman, Reichsrat, Reichsanwalt, Dresden. 4. Eisenbahner und Bergleute von Südbahnen. — H. R. 89. Sie müssen sich an das rote Kreuz wenden. — H. 100. Eine Steigerung der Miete kann erst nach Ablauf des Vertrages in Kraft treten. — W. H. 9. Wenn sich Ihr Zustand verschlechtert hat, so können Sie Antrag auf Erhöhung der Rente stellen. 2. Rein. 3. Ja, wenn Erwerbsbeschränkung durch die Kriegsbeschädigung nicht mehr als vorliegend erachtet wird. — W. S. 10. 1. Die Rente wird vom 65. Jahre an gezahlt. 2. Rein. 3. Otto Weis, Lindenstr. 3. — W. S. 98. 1. In Strassburg i. El. 2. Ihre Mutter erhält Unterstützung im Falle der Bedürftigkeit und wenn nachgewiesen wird, daß Sie vor Einleitung zum Wehrdienst zum Unterhalt der Mutter beigetragen haben. — H. G. 1888. Wenn nicht in der Arbeitsordnung oder im Arbeitsvertrag § 616 BGB.

ausgeschaltet ist, hat der Unternehmer die verbleibende Zeit den Lohn zu zahlen. — Abfindung Preis. Kapitalabfindung kann gewährt werden, wenn der Versorgungsberechtigten das 21. Lebensjahr vollendet hat. Antrag ist vom Kriegsbefähigten beim Reichsamt für Arbeit zu stellen. — H. 2. Tabendorf. Sie können sich an das Kriegsernährungsamt, Berlin W., Mohrenstr. 11/12, wenden. — W. S. Neufalk. 1. Rein. 2. und 3. Ja. Zwei Streitende. Das wissen wir auch nicht. — H. G. 19. Breslau. Görlitz, Dresden, Chemnitz, Wauen, Wärsberg, Stullgar. — Metallarbeiter 185. Minierstr. 83/85. Jeden Sonntag vormittags 9—1 Uhr, Dienstag 4—8 Uhr, Mittwoch und Donnerstag 4—7 Uhr, Freitag 4—9 Uhr, sonst geschlossen. — H. W. 33. Beschädigtes und unbrauchbar gewordenen Papiergeld kann unter Vorlegung der beschädigten Scheine bei jeder Kassenstelle der Reichsbank zum Umtausch vorgelegt werden. — W. G. 68. Wenn Sie für den Sohn Unterstützung erhalten haben, so können Sie Antrag auf Bewilligung des Ostergeldes stellen. Ist das nicht der Fall, so können Sie Antrag auf Gewährung der Gnadenbeihilfe einreichen. Der Antrag ist bei der Polizeiverwaltung zu stellen. — H. R. 915. Eine nähere Adresse hierfür ist uns nicht bekannt. Sie werden diese wohl bei einem Vorgesetzten Ihres Truppenteils erfahren. — Sonntagsgänger 11. Nach unieren Erfindungen, die wir deshalb eingezogen haben, besteht eine Verfügung, wonach das Angeln am Sonntag freigegeben ist, nicht. Es wäre möglich, daß durch die Bedürfnisse an einzelnen Orten eine solche Verfügung erlassen ist, was aber sehr zweifelhaft erscheint. — G. S. 100. 1. In den Ernt der Stadt Hamburg. 2. Ja. 3. Die näheren Bedingungen kennen wir nicht, sie werden Ihnen jedenfalls von dort mitgeteilt. — Th. G. 9. Ja. — G. S. 35. Wenn sich nach der Verheiratung in den Verhältnissen Ihrer Frau nichts geändert hat, so wird ihr die Unterstützung jedenfalls verweigert werden, sonst ist die Unter-

stützung vom Tage Ihrer Einziehung an zu zahlen. — H. G. 23. Wenn er den Befehl dazu erhält, muß er dem Folge leisten. — H. G. 21. Darüber müssen Sie einen Arzt befragen. — G. S. 24. Der Schuldnerantrag ist sehr zweifelhaft und würde jedenfalls einen unzumutbaren Prozeß zur Folge haben. — Z. B. 21. 1. und 2. Nein. — H. 70. Bis zur Vollendung des 15. Jahres haben Sie zum mindesten Unterstützung zu beantragen. Es könnte darüber hinaus, auf Ihren Antrag, da das Mädchen sehr wenig verdient, die Unterstützung sogar noch weiter gewährt werden. — Thüringer 574. Direkter Anspruch auf Lösung besteht nicht, sie können gemeldet werden. Der Antrag ist beim Erlaubnis des Truppenteils zu stellen, zu dem der Bruder eingezogen wurde. Die Nachzahlung der Unterstützung für die ganze Zeit wird nicht erfolgen, der Antrag hätte doch längst gestellt werden müssen. — R. 3. Die Invalidenrente wird, wenn der Mann zum Kriegsdienst eingezogen ist, weiter gezahlt. Sie können die Rente mit ausgesetzter Vollmacht Ihres Chefs abgeben. Ob Sie Anspruch auf Kriegsunterstützung haben, können wir Ihnen nicht sagen, das richtet sich danach, ob Bedürftigkeit bei Ihnen vorliegt. — C. B. 12. 1. Die Geburtsurkunde, bei Minderjährigkeit die Zustimmung des Vaters oder Vormundes und, wenn der Mann noch aktiv dient oder angeschlossen an seine aktive Dienstzeit noch im Wehrdienst steht, die Einwilligung des Regimentskommandeurs. 2. Im Falle der Kriegstrauung nicht. 3. Eine absolute Verpflichtung besteht nicht, es soll aber in diesem Falle Urlaub gemeldet werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Köhlig warm, vielach heiter, aber veränderlich und östlich der Ober- oder leichte Regenschauer; frischweiser Wetter.

Pfingstwochen-Programm

„Der Möwe-Film“ (Graf Dohna und seine Möwe)

Das gewaltigste, wahrheitsgetreueste Dokument aus diesem Kriege. Die Versenkung 15 feindlicher Schiffe. Alle Einzelheiten der grandiosen Kreuzerfahrt bis zur glücklichen Heimkehr.

Valdemar Psilander

„Die Flucht vor der Liebe“

Drama in 3 Akten

Ab Freitag im

Stern und Lichtspielhaus D. W.

Ab Dienstag im Kukuk und Excelstor



„Ein Kampf in der Champagne“

Aus der Riesenschlacht im Westen

Unsere Heldenflieger im Kampf. Abschuss eines französischen Doppeldeckers und sein Verbrennen.

Handgranaten-Kämpfe in den vordersten Gräben

Authentische Originalaufnahmen vom westlichen Kriegsschauplatz, wobei Filmtruppführer Rittmeister v. Roeder gefallen ist.

Max Landa

„Der Hund mit dem Monokel“

Detektiv-Schauspiel in 3 Akten.

Ab Freitag im Kukuk und Excelstor

Ab Dienstag im

Stern und Lichtspielhaus D. W.

Kabarett Tivoli

Spielplan vom 16.—31. Mai:
Martin Löwe
Nanna Hartner
Fredy Moreno
Negro
Sonntags Anf. 4 Uhr, wochent. 7 1/2 Uhr.
Großes Orchester: Julius Meyer.
Kottbuser-Damm 55 · Karf. H. Meyer

Kranz- u. Blumenspende

schnell und billig.
Turmstraße 56 Dabers
Roßb. 6124.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Berlin-Südost
Erstklassig wiebestlich und
bei Einkäufen empfohlen.

Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Müller, Friesenstr. 22.

Mehldig., Kolonialw.

Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97.

A. Schleinitz, Mariannenstr. 14.

Uhren, Goldwaren

F. Fenske, Kottbuser-Damm 99
Streng rech., anerkannt bill.

Neukölln

C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wüd - Geflügel - Flasche.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Berlin-Westen
Bei Einkäufen empfohlen.

Gelegenheitskäufe

Ernst Flatau, Alt-Moab. 110.3

Charlottenburg

Mehldig., Kolonialw.
Otto Gaego, Wilmers. Str. 28. 81. 4

Konow

A. Kieper
Friedrichstr. 28
Damen-, Kinder-Konfektion

Spandau

Paul Gaego Mehl und
Kolonialw.
Berlinerstr. 87, Seeböwelder-
str. 13/14, Pichelsdorferstr. 13.

Haus- und Küchengeräte

Hermann Finck
Kieserstr., Schönwalderstr. 17
A. Markgraf, Brüderstr. 11. Eck.
Jägerstr. Lamp. Str. Papststr. 10.
Goldschmiedeamt.
Ad. Tornow Markt 10, geg. 1459.

Wer sich zum
Redner ausbilden will,
dem ist als grundlegende
Schrift sehr zu empfehlen:

Referenten-Führer

Bon C. Davlb. preis 1,50 Mt.

Das ausführliche Inhaltsver-
zeichnis wird auf Verlangen
verschickt vom Verlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 66 · Lindenstraße 3

BLUSEN!

Fesch! — Elegant! — Große
Auswahl! — Alle Preislagen!
Eigene Fabrikation!
E. Schmidt, Blusenfabrik, Neukölln,
Bergstraße 151, 1 Treppe (Passage). Kein Laden.
Sonntag von 12—2 Uhr geöffnet.

Sommer-Paletots

Sport-Paletots

Loden-Pelerinen

M. Schulmeister

Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet
Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sakko-Anzüge

Rock-Anzüge

Jünglings-Anzüge